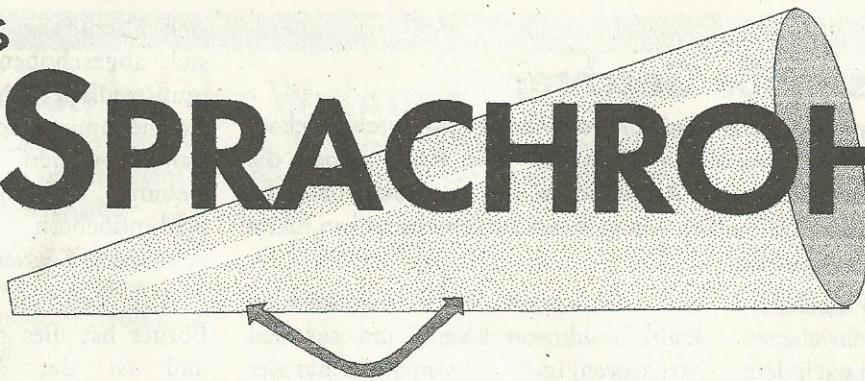


Das

# SPRACHROHR



der Ahnataler

**SPD**

NR. 4/1998

Dezember 1998

## Zum Jahreswechsel

*Dreifach ist der Schritt der Zeit:  
Zögernd kommt die Zukunft hergezogen,  
Pfeilschnell ist das Jetzt entflohen,  
Ewig still steht die Vergangenheit.  
- Friedrich Schiller -*

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

geht es Ihnen auch so, daß Sie sich fragen, wo das nun zu Ende gehende Jahr geblieben ist. Ein Jahreswechsel ist immer ein Anlaß zum Nachdenken, was war und wie es weitergehen wird. Ein Jahrhundert, ja ein Jahrtausend unserer Zeitrechnung neigt sich seinem Ende zu. Also auch Nachdenken über die Flüchtigkeit der Zeit und der Ereignisse.

Die Bundestagswahl am 27. September 1998 hat zu einer neuen Mehrheit und einer von SPD und Grünen gebildeten Bundesregierung geführt. Erstarrung und „Weiter so“ sind überwunden. Das Neue in der Politik kann sich nur langsam entfalten. Es macht sich zunächst an Schlagworten fest, die den Trend, die Richtung andeuten. Erst die Ausgestaltung in den nächsten Wochen und Monaten wird uns die konkrete Ausformung des Neuen erkennen lassen. Das braucht Zeit.

Das ist gut so, denn es ist ein demokratischer Wechsel, ein geordneter Übergang, und kein revolutionärer Umbruch.

Keiner wird ernsthaft erwarten, daß die Fülle der aufgestauten aktuellen Probleme der Arbeitslosigkeit, Steuergerechtigkeit, Sicherung der Sozialsysteme, Schuldenlast usw. von heute auf morgen zu jedermanns Zufriedenheit gelöst werden können. Patentrezepte wird es hierbei nicht geben, sondern nur Lösungsansätze in Einzelschritten. Sie müssen bewußt und gezielt angegangen werden.

Reform, Änderung, Umbau haben immer damit zu tun, Bestehendes zumindest in Teilen aufzugeben und Neues an seine Stelle zu setzen. Was man hat, weiß man. Was das Neue bringt, ist wegen der komplexen Zusammenhänge und der Ungewißheiten oft von vornherein nicht eindeutig bestimmbar. Meinungen, die Bestehendes erhalten und Neues gestalten wollen, prallen aufeinander.

Heftiger Streit der Bewahrer und der Erneuerer ist vorprogrammiert.

Ein Blick auf die Natur lehrt uns:

Das Bestehende muß vergehen, damit das werdende sich entfalten kann. Setzen wir deshalb unsere Hoffnung auf die Zukunft, die Gestaltungskraft und die positiven Wirkungen des Neuen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Ihren Familien frohe und besinnliche Weihnachtstage, ein gesundes, erfolgreiches und von innerer Zufriedenheit geprägtes Jahr 1999.

Ihre SPD Ahnatal



Nach der Wahl:

## Das große Geschrei

Kaum waren erste Informationen über die Koalitionsvereinbarungen durchgesickert, da ging das Gezeter der Interessenverbände schon los. Vom Krieg gegen die Wirtschaft war die Rede, vom Zwang zum Auswandern, von der Flucht über die Grenzen zum nackten Überleben. So maßlos wie in ihrem Anspruchsdenken, führte sich die Wirtschaftslobby auch verbal auf.

Nach den von den Wirtschafts-/Industrieverbänden beschriebenen Katastrophenszenarien, schien nach dem rot-grünen Wahlsieg ein Bürgerkrieg zu drohen. Die Herrschaften aus Industrie, Mittelstand und Handel waren offensichtlich geradezu beleidigt, daß man ihnen „ihre“ Regierung abgewählt hatte. Daß am Wahltag etwas in einer Demokratie Normales passiert war, wollte den Mächtigen der Verbände nicht in den Kopf. Die Dominanz der Wirtschaft über die Politik war und ist für die selbsternannten „Leistungsträger der Gesellschaft“ so selbstverständlich, daß

es wohl noch einer regelrechten Kulturrevolution bedarf, um aus den Strukturen, in denen von allem nur der Preis bekannt ist, herauszukommen.

Nach 16 Jahren Kohlschem Kapitalismus ist es offensichtlich an der Zeit, daß die soziale Marktwirtschaft wieder gelernt wird und auch die Erkenntnis darüber, daß der soziale Frieden auch als produktive Kraft zählt.

Es darf nicht länger als „normal“ angesehen werden, daß in unserer wohlhabenden Gesellschaft Millionen Arbeitslose keine Perspektive haben, daß hunderttausend junge Menschen

sich überflüssig und ältere Menschen sich abgeschoben fühlen müssen. Es muß endlich Schluß damit sein, daß Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, weil Steuerhinterziehung und das Ausnutzen von Schlupflöchern der Sport der gehobenen Klassen geworden ist.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat dies offensichtlich erkannt und ist der Meinung, daß das Programm der Regierungskoalition der Weg in die richtige Richtung ist. Ein Zeichen dafür ist die kürzlich veröffentlichte Meinungsumfrage, nach der die Zustimmung für Rot-Grün in den letzten Wochen noch zugenommen hat. Die hysterische und zum Teil außerordentlich gehässige Kritik an der Regierung Schröder wird von den Menschen als das gesehen was es ist:

Die Fähigkeit zu klagen ohne tatsächlich zu leiden!

Steuerreform:

## Entlastung an der richtigen Stelle

Mit den in der Koalitionsvereinbarung vereinbarten Steuerreform hält die SPD ihr Wort: Die geplante Reform ist sozial gerecht, wirtschaftspolitisch vernünftig und solide finanziert. Durch sie werden Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in drei Reformstufen in den Jahren 1999, 2000 und 2002 mit einem Gesamtvolumen von rund 57 Milliarden Mark entlastet. Nach der Gegenfinanzierung bleiben 15 Milliarden Mark als Nettoentlastung.

Die breite Masse der Steuerpflichtigen, insbesondere Familien mit Kindern, wird wie versprochen steuerlich entlastet. Konkrete Maßnahmen dafür sind die Senkung des Eingangssteuersatzes von 25,9% auf 19,9%, die stufenweise Anhebung des Grundfreibetrages auf 14.000 DM (28.000 DM für Verheiratete), und die Anhebung des Kindergeldes auf 250 DM/Monat ab dem 1. Januar 1999 und auf 260 DM ab dem 1. Januar 2002.

Mit fragwürdigen Beispielen und falschen Berechnungen der Entlastungswirkungen wird in den letzten Wochen in den Medien immer wieder die Behauptung verbreitet, die Steuerreformpläne entlasteten die breite Masse der Bürgerinnen und Bürger nicht. Frau Christiansen präsentierte z.B. in ihrer ARD-Talkshow vor kurzem das Beispiel einer Familie mit zwei Kindern, in der nur der Ehemann Geld verdiente und 120.000 DM (!)

versteuern mußte. Es wurde behauptet, wegen der geplanten Kappung des Ehegattensplittings werde diese Familie, trotz Erhöhung des Kindergeldes, steuerlich höher belastet. Das ist schlicht falsch, denn die vorgesehene Kürzung des Splittingvorteils ab 2002 wirkt sich erst bei einem zu versteuernden Einkommen von mehr als 173.000 Mark aus, und das ist durchaus etwas mehr als das durchschnittliche Familieneinkommen, das entlastet werden soll.

Ebenfalls wie versprochen stehen die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei der Steuerreform im Vordergrund. Die Steuerentlastungsmaßnahmen werden zur notwendigen Kräftigung der Konsumnachfrage führen. Die Entlastung der unteren und mittleren Einkommensbezieher führt, ebenso wie die Anhebung des Kindergeldes, zu einer

Verbesserung der Kaufkraft und damit zu einer Stärkung der Binnenkonjunktur. Für die kleinen und mittleren Unternehmen bedeutet die Steuerreform deutliche Entlastungen. Dazu dienen die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne auf 40%, die Ansenkung des gewerblichen Spitzensteuersatzes auf 45% ab 1999 und auf 43% ab 2000 und schließlich eine grundlegende Reform des Unternehmensteuerechts möglichst schon zum Jahr 2000 mit dem Ziel, alle Unternehmenseinkünfte mit höchstens 35% zu besteuern.

Im Gegensatz zu den Steuerplänen von CDU/CSU und FDP ist die große rot-grüne Steuerreform solide finanziert und berücksichtigt die schwierige Finanzlage der Länder und Gemeinden. Die Gegenfinanzierung erfolgt über eine Bereinigung des Steuerrechts und durch Beseitigung von Subventionen. Insgesamt handelt es sich dabei um 78 konkrete Einzelmaßnahmen. Die Steuerreform ist außerdem deshalb solide finanziert, weil die einzelnen Entlastungsstufen und die Steuermehreinnahmen durch die vorgesehene Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen zeitlich aufeinander abgestimmt sind.



## Schule in Hessen

## Immer schön bei der Wahrheit bleiben!

CDU und FDP, die Oppositionsparteien im hessischen Landtag, geben sich alle Mühe, Hessens Schulen schlechtzureden. Mit der Wahrheit stehen sie dabei oft auf Kriegsfuß. Hier einige Beispiele:

*Es wird behauptet, die Landesregierung habe in den letzten Jahren die Lehrerarbeitszeiten deutlicher erhöht, als jedes andere Bundesland.*

Wahr ist, daß die Arbeitszeit für hessische Gymnasial- und Grundschullehrer im Bundesdurchschnitt, für Haupt-, Real- und Berufsschullehrer sogar unterhalb der Mittelwerte liegt. Anders als andere Länder hat Hessen die Arbeitszeitkonten geregelt: Nicht als individuelles Konto über einen bestimmten Zeitraum, das dann wieder abgetragen wird, sondern als generelle Regelung in Verbindung mit der Altersermäßigung.

*Es wird behauptet, daß 360 Stellen für Personalräte und Frauenbeauftragte für die 43000 Lehrerstellen zu viel seien.*

Wahr ist, daß die Freistellungen in den letzten Jahren reduziert wurden. Sie betrugen für Personalräte unter der CDU/FDP-Regierung noch 400 und liegen nunmehr bei 340 Stellen. Für Frauenbeauftragte stehen 15 volle Stellen bei den Schülern zur Verfügung.

*Es wird behauptet, daß die Klassenhöchstzahlen bei der Bildung von Klassen ausgenutzt werden und die Stundentafel um zwei Stunden pro Woche für alle Schüler gekürzt worden sei.*

Wahr ist, daß im Zusammenhang mit der Einführung der 5-Tage-Woche 1993 in Hessen wie in anderen Bundesländern auch die Stundentafel um zwei Stunden gekürzt wurde. Dennoch bewegt sich Hessen immer noch oberhalb der Rahmenvereinbarungen der Kultusministerkonferenz

zu Stundenvolumen.

Hessen ist nach wie vor das Land der kleinen Schulklassen, sowohl was die Obergrenzen als auch was das Verhältnis Schüler je Klasse angeht. So sind in Bayern durchschnittlich 3 Schülerinnen und Schüler mehr in einer Grundschulklasse als in Hessen.

Übrigens: Die Angleichung der Klassenstärken an das bayerische Niveau würde von heute auf morgen ein Potential von 1000 Lehrerstellen dem Unterricht zusätzlich zur Verfügung stellen. So große Klassen sind aber aus pädagogischen Gründen nicht hinnehmbar.

*Es wird behauptet, daß die Anzahl der Lehrer für „Besondere Aufgaben“ seit 1990 von 1600 auf 3350 gestiegen sei.*

Wahr ist, daß zu CDU-Zeiten neben den 1600 zitierten 1739 nicht offen ausgewiesene Stellen für den besonderen Bedarf (Sprachheilmassnahmen, Ganztagschulen, Schulen mit hohem Zuwandereranteil usw.) zur

## 160 Millionen Mark für die Schulen.

Das Land Hessen überweist den Schulträgern, also den 21 Landkreisen, 11 Städten und dem Landeswohlfahrtsverband in 1998 insgesamt 160 Millionen Mark für Investitionen.

80 Millionen erhalten die Schulträger als Zuschüsse, weitere 80 Millionen als vergünstigte Darlehen. Die Schulträger verfügen mit diesen Geldern über eine solide Grundlage für die Finanzierung der von ihnen vorrangig eingestufteten Schulbauprojekte

Die Schulbaupauschale, die im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs in vier Teilbeträgen quartalsweise ausgezahlt wird, wird nach der Schülerzahl und der Finanzkraft des Schulträgers ermittelt. Über die Verwendung der Mittel entscheiden die Schulträger eigenverantwortlich.

Verfügung standen. Gestiegen ist somit lediglich die Transparenz bei der Mittelverwendung.

*Es wird behauptet, daß in Hessen besonders viele Lehrerstellen nicht dem direkten Unterricht zur Verfügung stehen.*

Wahr ist, daß selbstverständlich auch in Hessen Stellen für besondere Aufgaben verwendet werden. Der prozentuale Anteil unterscheidet sich von anderen Bundesländern jedoch nicht.

## Hessens Schülerinnen und Schüler bundesweit Spitze.

Wer, wie die Opposition in Hessen ständig behauptet, die Qualität an Hessens Schulen sei schlecht, kennt die Realität nicht. Hier einige Beispiele unter vielen, die beweisen, daß Hessen auch hier vorn ist.

- Bei der deutschen Mathematik-Olympiade 1998 in Potsdam kommen von den fünf ermittelten Jahrgangsbesten der Klassen 9-13 vier aus hessischen Schulen.

- Beim diesjährigen Bundeswettbewerb „Fremdsprachen“ stellt Hessen 24 Bundessieger.

- Am Multimedia-Wettbewerb der Siemens AG „Join Multi-Media“ nahmen mehr als 10.000 Schüler aus 1.200 Schulen aus ganz Deutschland teil. Gesamtsieger wurde eine Gruppe der Oranienschule Wiesbaden.

- Beim Wettbewerb „Die Schülerzeitung des Jahres“, ausgeschrieben vom SPIEGEL, ging der Preis für die beste Schülerzeitung des Jahres an den „Umlauf“ der Goethe-Schule in Kassel. Insgesamt waren 1.402 Bewerbungen eingegangen.

- Beim Wettbewerb „Schule macht Zukunft“, ausgeschrieben von der Zeitschrift FOCUS, belegten fünf Oberstufenschüler der Albrecht-Dürer-Schule in Weiterstadt den 2. Platz.

- Beim Schülerwettbewerb des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger e.V. zum Thema „Aufbruch zur Freiheit“ errang die Klasse 1/e des Leibniz-Gymnasiums in Frankfurt den 1. Preis.

## Klassenstärken in den Grundschulen

Schüler pro Klasse

|                   |      |
|-------------------|------|
| Hessen            | 21,5 |
| Baden-Württemberg | 22,5 |
| Rheinland-Pfalz   | 22,5 |
| Bayern            | 24,5 |



Kommt Aldi nach Ahnatal?

## Votum für die Kombi-Lösung

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Raum Kassel (ZRK) hat einer Flächennutzungsplanänderung zugestimmt, durch die neben Edeka auch die Ansiedlung eines Discount-Marktes am Ortseingang von Weimar ermöglicht wird. Damit wird die von der Ahnataler SPD vorgeschlagene und von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gewünschte 'Kombi-Lösung' machbar.

Daß die Entscheidung des ZRK für die in Ahnatal bevorzugte Variante ausgefallen ist, ist vor allem Bürgermeisterin Regina Heldmann zu verdanken. Unsere Bürgermeisterin hat es letztendlich verstanden, die Mehrheit in der Verbandsversammlung davon zu überzeugen, daß die 'Kombi-Lösung' für Ahnatal und hier vor allem für Weimar und den Kammerberg vorteilhaft ist und daß durch eine Entscheidung in diesem Sinne keine negativen Auswirkungen auf andere ZRK-Kommunen zu erwarten sind.

Der von CDU und Grünen in der Verbandsversammlung und danach auch in der HNA erhobene Vorwurf der Zweckverband sei „umgefallen“, ist reichlich unsachlich. Zwar hat der ZRK in der Vergangenheit die Kombi-Lösung auf Grund geltender Planungsvorgaben abgelehnt. Danach wäre in Weimar und auch am Kammerberg die Ansiedlung jeweils eines Lebensmittelmarktes möglich gewesen, die Ansiedlung von zwei Geschäften in Form der Kombi-Lösung jedoch nicht. Wenn jetzt eine Mehrheit in der Verbandsversammlung im Einzelfall und im Sinne der betroffenen Kommune für die Änderung dieser Vorgaben gestimmt hat, so ist das nichts außergewöhnliches, es ist durchaus legitim und hat nichts mit Umfallen oder Gefälligkeitsvotum zu tun.

Die Vertreter der Grünen und auch die CDU-Fraktion haben in der Verbandsversammlung gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes gestimmt. Von den Grünen war das zu erwarten. Bei der CDU muß man sich aber schon fragen, was sie denn nun will. In der Gemeindevertretung treten ein Herr Groos (CDU) und seine Kolleginnen und Kollegen als selbsternannte „Anwälte der Bürgerinnen und Bürger die Aldi in Ahnatal wollen“ auf. In der ZRK-Verbandsversammlung ist derselbe Herr Groos,

als Fraktionsvorsitzender, mit seiner CDU-Fraktion gegen eine Entscheidung, durch die der in Ahnatal von der CDU so hochgehaltenen Bürgerwille erfüllt werden kann! Das verstehe wer mag.

Die Ahnataler CDU hat sich jedenfalls (aus verständlichen Gründen, damals standen Bürgermeisterwahl und Kommunalwahl vor der Tür!) argumentativ ordentlich verheddert. Man besteht einerseits auf strikte Berücksichtigung des Befragungsergebnisses und legt dieses aus „als Aldi oder gar nichts“. Andererseits hat die CDU nie klar gesagt, daß die Gemeinde damit auf eineinhalb Millionen Mark verzichtet hätte. Das Nein der CDU jetzt im Zweckverband macht deutlich, daß es ihr im Grund auch gar nicht um den viel zitierten Bürgerwillen ging, sondern einzig und allein darum, einem für Ahnatal insgesamt vorteilhaften Vorhaben nicht zuzustimmen, nur weil es von der SPD initiiert wurde.

Mit der nun möglichen Schaffung des Baurechts für einen Discount-Markt erhält die Gemeinde von Edeka die vertraglich vereinbarte Restsumme des Kaufpreises. Insgesamt hat die Gemeinde dann aus dem Verkauf des Grundstücks knapp 2 Millionen Mark Erlöst. Das zweieinhalbfache etwa dessen, was erwartet wurde und das ca. vierfache dessen, was Aldi ursprünglich zahlen wollte. Wir gehen davon aus, daß die Kombi-Lösung die örtliche Infrastruktur insgesamt verbessert. Sicher ist heute schon, daß die Einkaufswege vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger kürzer werden. Sicher ist auch, daß mit der Ansiedlung eines Einkaufsmarktes und eines Discount-Marktes auf der Fläche zwischen Weimar und Kammerberg die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs langfristig gewährleistet ist.

## Neue Baugebiete in Ahnatal?

Vorab eine Klarstellung: Es ist derzeit nicht beabsichtigt in Ahnatal irgendwelche neuen Baugebiete auszuweisen. Wenn man Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, in den letzten Tagen oder Wochen etwas anderes erzählt hat, so ist dies falsch.

Der Grund dafür, daß in Teilen unserer Gemeinde Unterschriften gegen die Ausweisung konkreter Bereiche als Baugebiete gesammelt wurden, ist offensichtlich ein Mißverständnis. Wir gehen davon aus, daß der den gemeindlichen Gremien und damit auch den Fraktionen zur Stellungnahme vorliegende „Regionalplan Nordhessen“ der Anlaß für diese überzogene Aktion war.

In diesem Regionalplan ist davon die Rede, daß in Ahnatal in den nächsten 10 bis 15 Jahren ca. 26 ha zusätzliche Siedlungsfläche notwendig sind. Ob aber überhaupt, wann und in welchem Umfang Siedlungserweiterungen vorgenommen werden, ist heute noch völlig offen. Die Verfahren zur Ausweisung neuer Baugebiete sind außerdem gesetzlich festgelegt. So müssen zunächst Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan durchgeführt werden und Bebauungspläne aufgestellt werden. Diese Verfahren geben allen Bürgerinnen und Bürgern zu gegebener Zeit umfangreiche Beteiligungs- und Einspruchsmöglichkeiten.

Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sollten sich also zur Zeit nicht von irgendwelchen Panikmachern grundlos beunruhigen lassen.

### Ein wichtiger Termin:

Am Sonntag, dem 10. Januar 1999 um 14.30 Uhr eröffnet die hessische SPD den Landtagswahlkampf mit einer Großveranstaltung in der Stadthalle in Kassel.

### - DAS SPRACHROHR -

Herausgeber: SPD Ahnatal  
Redaktion: Gerhard Schreiber  
Weidenweg 18  
34292 Ahnatal

Druck: MDM, Kassel

Auflage: 3500

Das SPRACHROHR erscheint mehrmals im Jahr und wird kostenlos an alle Haushalte in Ahnatal verteilt.